

Staatsvertrag von Wien – gesammelte Dokumente und Aussagen

*

Auszug aus folgenden Seiten:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/HIS/REP2/1955/>

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.s/s739842.htm>

<http://www.wien-vienna.at/geschichte.php?ID=574>

http://www.ns-quellen.at/gesetz_anzeigen_detail.php?gesetz_id=10037010&action=B_Read

<http://www.geschichte-oesterreich.com/ereignisse/1955/staatsvertrag.html>

~~~~~  
Die Republik Österreich hat weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg einen Friedensvertrag abgeschlossen. – Der Vertrag von Saint Germain en Laye wird von Österreich als *Staatsvertrag* bezeichnet.

Deutschösterreich war ein Staat, der am 30. Oktober 1918 so neu entstanden war, wie die CSR (28.10. 1918) oder die übrigen Nachfolgestaaten (SHS-Staat oder Polen) des alten Österreich und hatte dementsprechend keinen Krieg geführt.

Der Waffenstillstand wurde von Kaiser Karl erst am 4. November 1918 geschlossen (wobei bekanntlich die Formulierung so undeutlich war, daß die k. u. k. Truppen an der Südfront schon am 3.11. 1918 die Waffen streckten, während Italien den Waffenstillstand erst am 4.11. 1918 als gegeben ansah). – Die Republik Österreich trat – nach eigenem Selbstverständnis – daher auch nicht die Rechtsnachfolge nach den „*Im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern*“ (so die amtliche Staatsbezeichnung des cisleithanischen Teils der Doppelmonarchie) an.

Vom 30. Oktober 1918 bis zum 12. November 1918 wurde die Regierungsgewalt doppelgleisig ausgeführt. Für den cisleithanischen Teil amtierten nach wie vor die k. k.-Behörden und Minister neben den neuentstandenen deutschösterreichischen (CSR- und SHS-) Behörden. Erst am 12. November 1918 wurde die Republik ausgerufen und das alte System endgültig beseitigt.

Nach 1945 ging die Republik Österreich stets davon aus, daß 1938 keine Annexion (Einverleibung) des Staatsgebiets stattgefunden hätte, sondern eine Okkupation (Besetzung). Nach den Selbstverständnis der Republik bestand Österreich also auch während der Jahre 1938 bis 1945 weiter, war aber handlungsunfähig. Österreich hatte daher auch keinen Krieg gegen die Vereinten Nationen geführt. Deswegen auch die neuerliche Bezeichnung *Staatsvertrag* von Wien.

Mit dem Staatsvertrag wurde Österreich als souveränes Völkerrechtssubjekt wiederhergestellt. Zwischen 1945 und 1955 galt es völkerrechtlich als Quasiprotektorat, die oberste Staatsgewalt wurde ja von den vier alliierten Hochkommissaren ausgeübt.

**Der langen Rede kurzer Sinn: Österreich hat keinen Friedensvertrag, braucht ihn aber – im Gegensatz zum Deutschen Reich – auch nicht.**

---

# Cisleithanien



Kleines Wappen der österreichischen Länder ab 1915: der Bindenschild auf die Brust des österreichischen Doppeladlers gelegt, von der Rudolfskrone überschwebt, in den Fängen Reichsapfel, Reichsschwert und Szepter ([Reichskleinodien](#))



Cisleithanien (rot) innerhalb Österreich-Ungarns

**Cisleithanien** ([lateinisch](#); auch: *Zisleithanien*, Land diesseits der [Leitha](#)) war nach Errichtung der [Doppelmonarchie](#) im Jahre 1867 eine vor allem im Beamtentum und bei Juristen gebräuchliche inoffizielle Bezeichnung für den nördlichen und westlichen Teil [Österreich-Ungarns](#). Diesen nannten die Deutschen der Monarchie sonst einfach – politisch nicht korrekt, weil so die slawischen [Kronländer](#) unerwähnt blieben, die sich darunter nicht subsumieren lassen wollten – Österreich.

Bis 1915 lautete die offizielle inländische Bezeichnung für diesen Reichsteil, der nun wie der andere Reichsteil autonomer Staat war, **die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder**, danach bis zum Auseinanderfallen des Staates 1918 **österreichische Länder**. Das östliche Gegenstück zu Cisleithanien wurde [Transleithanien](#) genannt.

---

**Laut Entscheid aus 1965 des Obersten Gerichtshof, wurde verlautbart, dass Österreich ein besetztes Land ist und daher unter Besatzungsrecht steht! Das Dokument dazu wird gesucht!!!!**

---

# 1955 - Staatsvertrag und Neutralität

Im Oktober 1946 versammelte sich der Nationalrat zu einer geheimen Sitzung – ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Zweiten Republik. Grund war ein Bericht der Bundesregierung, der die Durchsetzung der Souveränität Österreichs zum Gegenstand hatte. Auch wenn sich die Lage Österreichs allmählich stabilisierte, so war das Streben der österreichischen Politik nach uneingeschränkter staatlicher Selbständigkeit begleitet von der latenten Gefahr einer Teilung des vierfach besetzten Landes in eine westliche und eine sowjetische Zone.

## ☞ Unabhängiges Österreich ohne Mitverantwortung?

## ☞ Enttäuschte Hoffnungen

## ☞ Neue Strategie - Bündnisfreiheit

## ☞ Vertrag und freiwillige Verpflichtung

## ☞ Die Präambel - wegverhandelte Mitschuld

### Verwandte Themen

- [☞ 1945 - Wiederherstellung der Republik Österreich](#)
- [☞ Parlamentarismus im Schatten der "Großen Koalition"](#)
- [☞ Wirtschaftlicher Wiederaufbau](#)
- [☞ Proporzsystem in der Krise](#)
- [☞ ÖVP bildet erste Alleinregierung der Zweiten Republik](#)
- [☞ Wechsel an der Spitze – SPÖ bleibt 13 Jahre lang am Ruder](#)
- [☞ Kleine Koalition mit Schwierigkeiten](#)
- [☞ Stabilität in der Regierung, Umbrüche im politischen System](#)

<http://www.parlament.gv.at/PERK/HIS/REP2/1955/>

---

### Staatsvertrag



© Copyright

Staatsvertrag: Außenminister L. Figl zeigt den unterzeichneten Vertrag vom Balkon des Belvedere in Wien.

---

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs, abgeschlossen zwischen den Alliierten Mächten UdSSR, Großbritannien und Nordirland, USA und Frankreich einerseits sowie Österreich andererseits, unterzeichnet am 15. 5. 1955 von den Außenministern der Signatarmächte W. M. Molotow, J. F. Dulles, H. Macmillan und A. Pinay sowie dem österreichischen Außenminister L. [Figl](#) im Schloss Belvedere in Wien. Der in der 354. Sitzung der Delegationen der Alliierten Mächte abgeschlossene Staatsvertrag trat am 27. 7. 1955 in Kraft, 12 Jahre nach der [Moskauer Deklaration](#) vom 30. 10. 1943, in der Großbritannien, die UdSSR und die USA die Befreiung Österreichs von der deutschen Herrschaft anstrebten, da Österreich als erstes Opfer der Angriffspolitik Hitlers betrachtet wurde.

In enger Verbindung mit dem Staatsvertrag steht das Bundesverfassungsgesetz über die [Neutralität](#) Österreichs nach dem Muster der Schweiz, das nach Abzug der Besatzungssoldaten aus Österreich vom österreichischen Parlament am 26. 10. 1955 beschlossen wurde. Nachdem die Sowjetunion die jahrelange Koppelung der deutschen Frage mit Österreich fallengelassen hatte, regelte das Moskauer Memorandum vom 15. 4. 1955 strittige Punkte zwischen der Sowjetunion und Österreich, was den Abschluss des Staatsvertrags ermöglichte.

Der Staatsvertrag besteht aus einer Präambel und 9 Teilen: 1) politische und territoriale Bestimmungen, 2) militärische und Luftfahrtbestimmungen, 3) Zurückziehung der Alliierten Streitkräfte, 4) aus dem Krieg herrührende Ansprüche, 5) Eigentum, Rechte und Interessen, 6) allgemeine Wirtschaftsbeziehungen, 7) Regelung von Streitfällen, 8) verschiedene wirtschaftliche Bestimmungen, 9) Schlussbestimmungen.

Die wichtigsten politischen Bestimmungen beziehen sich auf die Wiederherstellung Österreichs als freien und unabhängigen Staat, die Wahrung der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Österreichs durch die Alliierten und die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland. Außerdem enthalten die politischen Bestimmungen das Verbot der politischen oder wirtschaftlichen Vereinigung von Österreich und Deutschland (Anschlussverbot), die Anerkennung der Menschenrechte und die Rechte slowenischer und kroatischer Minderheiten. Dem Bekenntnis zur Wahrung demokratischer Einrichtungen steht das Gebot gegenüber, nazistische und faschistische Organisationen aufzulösen und die Wiederbetätigung zu unterbinden.

---

Lit: H. Portisch und S. Riff, Österreich II, Band 2: Der lange Weg zur Freiheit, 1986; G. Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, <sup>4</sup>1998.

---

Verweise auf andere Alben:

[Hinweise zum Lexikon](#) • [Abkürzungen im Lexikon](#)

© Copyright Österreich-Lexikon

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.s/s739842.htm>

---

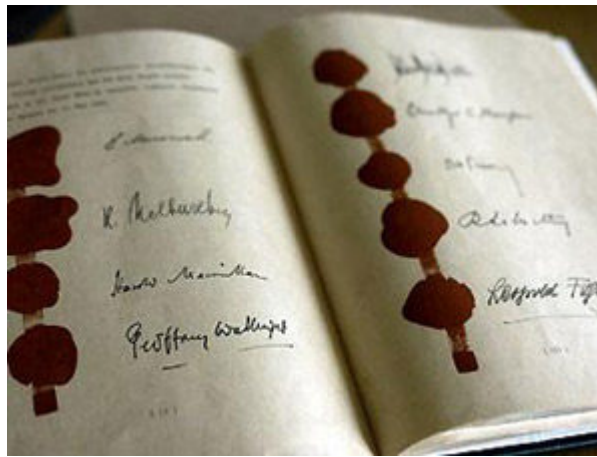
Staatsvertrag



Unterzeichnung des Staatsvertrages

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs, abgeschlossen zwischen den Alliierten Mächten UdSSR, Großbritannien und Nordirland, USA und Frankreich einerseits sowie Österreich andererseits, unterzeichnet am 15. 5. 1955 von den Außenministern der Signatarmächte W. M. Molotow, J. F. Dulles, H. Macmillan und A. Pinay sowie dem österreichischen Außenminister L. Figl im Schloss Belvedere in Wien. Der in der 354. Sitzung der Delegationen der Alliierten Mächte abgeschlossene Staatsvertrag trat am 27. 7. 1955 in Kraft, 12 Jahre nach der Moskauer Deklaration vom 30. 10. 1943, in der Großbritannien, die UdSSR und die USA die Befreiung Österreichs von der deutschen Herrschaft anstrebten, da Österreich als erstes Opfer der Angriffspolitik Hitlers betrachtet wurde.

In enger Verbindung mit dem Staatsvertrag steht das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs nach dem Muster der Schweiz, das nach Abzug der Besatzungssoldaten aus Österreich vom österreichischen Parlament am 26. 10. 1955 beschlossen wurde. Nachdem die Sowjetunion die jahrelange Koppelung der deutschen Frage mit Österreich fallengelassen hatte, regelte das Moskauer Memorandum vom 15. 4. 1955 strittige Punkte zwischen der Sowjetunion und Österreich, was den Abschluss des Staatsvertrags ermöglichte.



Staatsvertrag - Bild: APA

Der Staatsvertrag besteht aus einer Präambel und 9 Teilen:

- 1) politische und territoriale Bestimmungen,
- 2) militärische und Luftfahrtbestimmungen,
- 3) Zurückziehung der Alliierten Streitkräfte,
- 4) aus dem Krieg herrührende Ansprüche,
- 5) Eigentum, Rechte und Interessen,
- 6) allgemeine Wirtschaftsbeziehungen,
- 7) Regelung von Streitfällen,
- 8) verschiedene wirtschaftliche Bestimmungen,
- 9) Schlussbestimmungen.

Die wichtigsten politischen Bestimmungen beziehen sich auf die Wiederherstellung Österreichs als freien und unabhängigen Staat, die Wahrung der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Österreichs durch die Alliierten und die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland. Außerdem enthalten die politischen Bestimmungen das Verbot der politischen oder wirtschaftlichen Vereinigung von Österreich und Deutschland (Anschlussverbot), die Anerkennung der Menschenrechte und die Rechte slowenischer und kroatischer Minderheiten. Dem Bekenntnis zur Wahrung demokratischer Einrichtungen steht das Gebot gegenüber, nazistische und faschistische Organisationen aufzulösen und die Wiederbetätigung zu unterbinden.

Text auszugsweise aus



**aeiou - das kulturinformationssystem des bm:bwk**

14.000 Stichwörter und 2000 Abbildungen aus Geschichte, Geographie, Politik und Wirtschaft Österreichs

[www.aeiou.at](http://www.aeiou.at)

### Staatsvertrag

betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich

StF: BGBl. Nr. 152/1955

Teil I

Politische und territoriale Bestimmungen

Artikel 1.

Wiederherstellung Österreichs als freier und unabhängiger Staat

Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Österreich als ein souveräner,

unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.

#### Artikel 2.

##### Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs

Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs, wie sie gemäß dem vorliegenden Vertrag festgelegt sind, achten werden.

#### Artikel 3.

##### Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland

Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sichern.

#### Artikel 4.

##### Verbot des Anschlusses

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiete und wird keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen.
2. Um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Österreich keinerlei Vereinbarung mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Unversehrtheit oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Österreich verpflichtet sich ferner, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern, und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern.

#### Artikel 5.

##### Grenzen Österreichs

Die Grenzen Österreichs sind jene, die am 1. Jänner 1938 bestanden haben.

#### Artikel 6.

##### Menschenrechte

1. Österreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen unter österreichischer Staatshoheit lebenden Personen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse und Veröffentlichung, der Religionsausübung, der politischen Meinung und der öffentlichen Versammlung zu sichern.
2. Österreich verpflichtet sich weiters dazu, daß die in Österreich geltenden Gesetze weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Anwendung zwischen Personen österreichischer Staatsangehörigkeit auf Grund ihrer Rasse, ihres Geschlechtes, ihrer Sprache oder ihrer Religion, sei es in bezug auf ihre Person, ihre Vermögenswerte, ihre geschäftlichen, beruflichen oder finanziellen Interessen, ihre Rechtsstellung, ihre politischen oder bürgerlichen Rechte, sei es auf irgendeinem anderen Gebiete, diskriminieren oder Diskriminierungen zur Folge haben werden.

#### Artikel 7.

##### Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten

1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in



Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne überprüft und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für slowenische und kroatische Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.

#### Artikel 8.

Demokratische Einrichtungen Österreich wird eine demokratische, auf geheime Wahlen gegründete Regierung haben und verbürgt allen Staatsbürgern ein freies, gleiches und allgemeines Wahlrecht sowie das Recht, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache, Religion oder politische Meinung zu einem öffentlichen Amte gewählt zu werden.

#### Artikel 9.

##### Auflösung nazistischer Organisationen

1. Österreich wird die bereits durch die Erlassung entsprechender und von der Alliierten Kommission für Österreich genehmigter Gesetzgebungen Maßnahmen zur Auflösung der nationalsozialistischen Partei und der ihr angegliederten und von ihr kontrollierten Organisationen einschließlich der politischen, militärischen und paramilitärischen auf österreichischem Gebiet vollenden. Österreich wird auch die Bemühungen fortsetzen, aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen, um zu gewährleisten, daß die obgenannten Organisationen nicht in irgendeiner Form wieder ins Leben gerufen werden, und um alle nazistische oder militaristische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern.

2. Österreich verpflichtet sich, alle Organisationen faschistischen Charakters aufzulösen, die auf seinem Gebiete bestehen, und zwar sowohl politische, militärische und paramilitärische, als auch alle anderen Organisationen, welche eine irgendeiner der Vereinten Nationen feindliche Tätigkeit entfalten oder welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind.

3. Österreich verpflichtet sich, unter der Androhung von Strafsanktionen, die umgehend in Übereinstimmung mit den österreichischen Rechtsvorschriften festzulegen sind, das Bestehen und die Tätigkeit der obgenannten Organisationen auf österreichischem Gebiete zu untersagen.

#### Artikel 10.

##### Besondere Bestimmungen über die Gesetzgebung

1. Österreich verpflichtet sich, die Grundsätze, die in den von der österreichischen Regierung und vom österreichischen Parlament seit dem 1. Mai 1945 angenommenen



und von der Alliierten Kommission für Österreich genehmigten, auf die Liquidierung der Überreste des Naziregimes und auf die Wiederherstellung des demokratischen Systems abzielenden Gesetze und Verordnungen enthalten sind, aufrechtzuerhalten und ihre Durchführung fortzusetzen, die seit dem 1. Mai 1945 bereits getroffenen oder eingeleiteten gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen zu vollenden und die in den Artikeln 6, 8 und 9 des vorliegenden Vertrages festgelegten Grundsätze zu kodifizieren und in Kraft zu setzen und, soweit dies nicht schon geschehen ist, alle gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen, die zwischen dem 5. März 1933 und dem 30. April 1945 getroffen wurden und die in Widerspruch mit den in den Artikeln 6, 8 und 9 festgelegten Grundsätzen stehen, aufzuheben oder abzuändern.

2. Österreich verpflichtet sich ferner, das Gesetz vom 3. April 1919, betreffend das Haus Habsburg-Lothringen, aufrechtzuerhalten. Artikel 11. Anerkennung der Friedensverträge Österreich verpflichtet sich, die volle Geltung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland und anderer Abkommen oder Regelungen anzuerkennen, die von den Alliierten und Assoziierten Mächten bezüglich Deutschlands und Japans zur Wiederherstellung des Friedens herbeigeführt worden sind oder künftig herbeigeführt werden.

## Teil II

### Militärische und Luftfahrt-Bestimmungen

#### Artikel 12.

Verbot der Dienstleistung in den österreichischen Streitkräften für ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen und Angehörige bestimmter anderer Personengruppen Folgenden Personen ist es in keinem Falle erlaubt, in den österreichischen Streitkräften zu dienen:

1. Personen, die nicht die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen.
2. Österreichische Staatsangehörige, die zu irgendeiner Zeit vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsangehörige waren.
3. Österreichische Staatsangehörige, die in der Zeit vom 13. März 1938 bis zum 8. Mai 1945 in der deutschen Wehrmacht im Range eines Obersten oder in einem höheren Range gedient haben.
4. Österreichische Staatsangehörige, die in eine der folgenden Kategorien fallen, mit Ausnahme solcher Personen, die von den zuständigen Stellen gemäß dem österreichischen Recht entlastet worden sind: a) Personen, die zu irgendeiner Zeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), oder den SS-, SA- oder SD-Organisationen, der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) oder dem nationalsozialistischen Soldatenring oder der nationalsozialistischen Offiziersvereinigung angehört haben; b) Führer im nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) oder in dem nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) in einem Range nicht geringer als der eines Untersturmführers oder Gleichgestellten; c) Funktionäre in einer der von der NSDAP kontrollierten oder ihr angegliederten Organisation in keinem niedrigeren Range als dem entsprechend einem Ortsgruppenleiter; d) Verfasser von Druckwerken oder von Drehbüchern, die wegen ihres nazistischen Charakters von den von der österreichischen Regierung bestellten zuständigen Kommissionen in die Kategorie verbotener Werke eingereiht wurden; e) Leiter industrieller, kommerzieller und finanzieller Unternehmungen, die auf Grund von offiziellen und authentischen Berichten von bestehenden industriellen, kommerziellen und finanziellen Vereinigungen, Gewerkschaften und Parteiorganisationen von den zuständigen Kommissionen als schuldig befunden wurden, an der Durchführung der Ziele der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen aktiv mitgearbeitet, die Prinzipien des Nationalsozialismus unterstützt, nationalsozialistische Organisationen oder ihre Tätigkeit finanziert oder für sie

Propaganda getrieben und damit den Interessen eines unabhängigen und demokratischen Österreich geschadet zu haben.

#### Artikel 13.

##### Verbot von Spezialwaffen

1. Österreich soll weder besitzen noch herstellen noch zu Versuchen verwenden: a) irgendeine Atomwaffe, b) irgendeine andere schwere Waffe, die jetzt oder in der Zukunft als Mittel für Massenvernichtung verwendbar gemacht werden kann und als solche durch das zuständige Organ der Vereinten Nationen bezeichnet worden ist, c) irgendeine Art von selbstgetriebenen oder gelenkten Geschossen, Torpedos sowie Apparaten, die für deren Abschuß und Kontrolle dienen, d) Seeminen, e) Torpedos, die bemannt werden können, f) Unterseeboote oder andere Unterwasserfahrzeuge, g) Motor-Torpedoboote, h) spezialisierte Typen von Angriffs-Fahrzeugen, i) Geschütze mit einer Reichweite von mehr als 30 km, j) erstickende, ätzende oder giftige Stoffe oder biologische Substanzen in größeren Mengen oder anderen Typen als solchen, die für erlaubte zivile Zwecke benötigt werden, oder irgendwelche Apparate, die geeignet sind, solche Stoffe oder Substanzen für kriegerische Zwecke herzustellen, zu schleudern oder zu verbreiten.
2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten sich das Recht vor, zu diesem Artikel Verbote von irgendwelchen Waffen hinzuzufügen, die als Ergebnis wissenschaftlichen Fortschritts entwickelt werden könnten.

#### Artikel 14.

##### Verfügung über Kriegsmaterial alliierten und deutschen Ursprungs

1. Alles Kriegsmaterial alliierten Ursprungs in Österreich wird der betreffenden Alliierten oder Assoziierten Macht gemäß den von dieser Macht gegebenen Weisungen zur Verfügung gestellt werden. Österreich verzichtet auf alle Rechte an dem oben erwähnten Kriegsmaterial.
2. Innerhalb eines Jahres vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages soll Österreich für Militärzwecke unbrauchbar machen oder vernichten: alles überschüssige Kriegsmaterial deutschen oder nichtalliierten Ursprungs; insoweit als sie sich auf modernes Kriegsmaterial beziehen, alle deutschen und japanischen Zeichnungen einschließlich vorhandener Werkszeichnungen, Muster und Experimentiermodelle und Pläne; alles Kriegsmaterial, das durch Artikel 13 des vorliegenden Vertrages verboten ist; alle spezialisierten Einrichtungen einschließlich Forschungs- und Produktionsausrüstung, die durch Artikel 13 verboten sind und nicht für eine erlaubte Forschung, Entwicklung oder Konstruktion umgeändert werden können.
3. Österreich wird innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages den Regierungen der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs eine Liste von Kriegsmaterial und Einrichtungen übermitteln, die in Paragraph 2 aufgezählt sind.
4. Österreich soll kein Kriegsmaterial deutschen Entwurfes herstellen. Österreich soll kein Kriegsmaterial deutscher Erzeugung oder deutschen Ursprungs oder Entwurfes öffentlich oder privat oder durch irgendwelche andere Mittel erwerben oder besitzen, mit der Ausnahme, daß die österreichische Regierung zur Aufstellung der österreichischen Streitkräfte beschränkte Mengen von Kriegsmaterial deutscher Erzeugung, deutschen Ursprungs oder Entwurfes, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich verblieben ist, verwenden kann.
5. Eine Definition und Liste des Kriegsmaterials für die Zwecke des vorliegenden Vertrages sind in Annex I enthalten.

#### Artikel 15.

##### Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung

1. Österreich arbeitet mit den Alliierten und Assoziierten Mächten voll zusammen, um zu gewährleisten, daß Deutschland nicht in der Lage ist, außerhalb des deutschen

Territoriums Schritte für eine Wiederaufrüstung zu unternehmen.

2. Österreich soll in der militärischen oder zivilen Luftfahrt oder bei Experimenten, Entwürfen, bei der Produktion oder Instandhaltung von Kriegsmaterial weder verwenden noch ausbilden: Personen, die deutsche Staatsangehörige sind oder zu irgendeiner Zeit vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsangehörige waren; oder österreichische Staatsangehörige, die von der Dienstleistung in den Streitkräften gemäß Artikel 12 ausgeschlossen sind; oder Personen, die nicht österreichische Staatsangehörige sind.

#### Artikel 16.

Verbot betreffend Zivilflugzeuge deutscher und japanischer Bauart Österreich soll zivile Luftfahrzeuge deutscher oder japanischer Bauart oder solche Luftfahrzeuge, die eine größere Zahl von Teilendeutscher oder japanischer Herstellung oder Bauart enthalten, weder erwerben noch erzeugen.

#### Artikel 17.

##### Dauer der Beschränkungen

Jede der militärischen und Luftfahrtsbestimmungen des vorliegenden Vertrages bleibt in Kraft, bis sie zur Gänze oder zum Teil durch ein Abkommen zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Österreich oder, nachdem Österreich Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist, durch ein Abkommen zwischen dem Sicherheitsrat und Österreich abgeändert wird.

#### Artikel 18.

##### Kriegsgefangene

1. Österreicher, die derzeit Kriegsgefangene sind, sollen sobald als möglich gemäß Regelungen, die zwischen den einzelnen Mächten, die solche Kriegsgefangene festhalten, und Österreich zu vereinbaren sind, heim befördert werden.
2. Alle Kosten einschließlich der Unterhaltskosten, die sich aus dem Transport von Österreichern, die derzeit Kriegsgefangene sind, aus den in Betracht kommenden Sammelstellen, wie sie von der Regierung der betreffenden Alliierten oder Assoziierten Machtausgewählt worden sind, bis zum Punkte ihres Eintrittes auf österreichisches Gebiet ergeben, werden von der österreichischen Regierung getragen werden.

#### Artikel 19.

##### Kriegsgräber und Denkmäler

1. Österreich verpflichtet sich, die auf österreichischem Gebiet befindlichen Gräber von Soldaten, Kriegsgefangenen und zwangsweise nach Österreich gebrachten Staatsangehörigen der Alliierten Mächte und jener der anderen Vereinten Nationen, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, zu achten, zu schützen und zu erhalten; desgleichen die Gedenksteine und Embleme dieser Gräber sowie Denkmäler, die dem militärischen Ruhm der Armeen gewidmet sind, die auf österreichischem Staatsgebiet gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben.
2. Die österreichische Regierung wird jede Kommission, Delegation oder andere Organisation anerkennen, die von dem betreffenden Landermächtigt ist, die in Paragraph 1 angeführten Gräber und Bauten zu identifizieren, zu registrieren, zu erhalten und zu regulieren; sie wird die Arbeit solcher Organisationen erleichtern, sie wird hinsichtlich der obenerwähnten Gräber und Bauten die für nötig befundenen Abkommen mit dem betreffenden Land oder mit jeder von ihm bevollmächtigten Kommission oder Delegation oder mit irgendeiner anderen Organisation abschließen. Sie erklärt desgleichen ihr Einverständnis, in Übereinstimmung mit angemessenen sanitären Vorsichtsmaßnahmen jede Erleichterung für die Exhumierung und Überführung der in den erwähnten Gräbern bestatteten Überreste in deren Heimatland zu gewähren, sei es auf Ansuchen der offiziellen Organisationen des betreffenden Staates oder auf Ansuchen der Angehörigen der beerdigten Personen.

Teil III  
Artikel 20.  
Zurückziehung der Alliierten Streitkräfte

Teil IV  
Aus dem Krieg herrührende Ansprüche

Teil V  
Eigentum, Rechte und Interessen  
Artikel 25.  
Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich  
Artikel 26.  
Vermögensschaften, Rechte und Interessen von Minderheitsgruppen in Österreich

Teil VI  
Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen

Teil VII  
Regelung von Streitfällen

Teil VIII  
Verschiedene wirtschaftliche Bestimmungen

Teil IX  
Schlußbestimmungen

<http://www.wien-vienna.at/geschichte.php?ID=574>

---

# Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich

**Datum:** 30.07.1955

**Referenz:** [BGBl](#) Nr. 152/1955

[Gesetz im Original](#)

Das Gesetz enthält den am 15.5.1955 in Wien unterzeichneten "Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einerseits und Österreich andererseits". Der [Staatsvertrag von Wien](#) 1955 ist für das Thema von Entschädigung und [Rückstellung](#) in mehrfacher Hinsicht bedeutend, da sich die Republik Österreich in dem Vertrag zu weiteren Maßnahmen auf diesem

Gebiet völkerrechtlich verpflichtet. In Artikel 7 etwa verpflichtet sich Österreich, die Rechte der slowenischen und der kroatischen Minderheit zu schützen, [Artikel 22](#) behandelt die Frage des [Deutschen Eigentums](#). Von besonderer Bedeutung sind im Hinblick auf offene Rückstellungsfragen der Artikel 25, der die Rückstellung von Vermögen von nicht bzw. nicht mehr in Österreich lebenden Geschädigten betrifft ("Vermögen der Vereinten Nationen"), sowie der Artikel 26, der "Vermögenschaften, Rechte und Interessen von Minderheitsgruppen in Österreich" regelt. In diesem Artikel verpflichtet sich Österreich, noch offene Fragen des Vermögensentzuges "wegen der rassischen Abstammung oder der Religion des Eigentümers" zu klären und für eine [Rückgabe](#) dieser Vermögen zu sorgen. In Fällen, in denen eine Rückgabe nicht mehr möglich ist, soll eine Entschädigung gewährt werden, die dem entspricht, was österreichischen Staatsbürgern zur Abgeltung von Kriegsschäden gewährt wird. Weiters verpflichtet sich Österreich, alle derartigen entzogenen Vermögen, die bisher nicht beansprucht worden sind und innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages nicht noch beansprucht werden sollten, etwa weil es sich dabei um erblose Vermögen handelt, unter seine Kontrolle zu nehmen. Sollten diese Vermögen weiterhin nicht beansprucht werden, so verpflichtet sich Österreich, sie der Unterstützung von Opfern der NS-Verfolgung zukommen zu lassen. In Artikel 27 verpflichten sich die Alliierten, ehemals österreichische Vermögenswerte in ihrem Bereich an Österreich zurückzugeben, ausgenommen davon ist jedoch Jugoslawien. Artikel 37 schließlich gestattet es Staaten, die sich mit Deutschland im Krieg befunden haben, dem Vertrag beizutreten und damit den Status einer assoziierten Macht zu erhalten.

### **Durchführungsverordnungen, Novellen etc.:**

- [BGBl Nr. 165/1956](#)  
[Bundesgesetz vom 25. Juli 1956, betreffend die Durchführung einzelner Bestimmungen des IV. Teiles des Staatsvertrages \(1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz\)](#)
- [BGBl Nr. 32/1957](#)  
[Bundesgesetz vom 23. Jänner 1957, womit das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz ergänzt und abgeändert wird \(2. Staatsvertragsdurchführungsgesetz\)](#)
- [BGBl Nr. 177/1957](#)  
[Bundesgesetz vom 10. Juli 1957, mit dem das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz abgeändert und ergänzt wird \(4. Staatsvertragsdurchführungsgesetz\)](#)
- [BGBl Nr. 258/1957](#)  
[Bundesgesetz vom 2. Dezember 1957, betreffend eine neuerliche Änderung des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1955, BGBl. Nr. 269, womit Bestimmungen zur Durchführung des Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, hinsichtlich kirchlicher Vermögensrechte getroffen werden](#)
- [BGBl Nr. 16/1958](#)  
[Bundesgesetz vom 22. Jänner 1958, mit dem weitere Bestimmungen zur Durchführung des IV. Teiles des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955, BGBl. Nr. 152, erlassen werden \(5. Staatsvertragsdurchführungsgesetz\)](#)
- [BGBl Nr. 131/1958](#)  
[Bundesgesetz vom 26. Juni 1958, mit dem das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz abgeändert wird \(6. Staatsvertragsdurchführungsgesetz\)](#)
- [BGBl Nr. 149/1958](#)  
[Bundesgesetz vom 10. Juli 1958, mit dem weitere Bestimmungen zur Durchführung des IV. Teiles des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955, BGBl. Nr. 152, erlassen werden \(8. Staatsvertragsdurchführungsgesetz\)](#)
- [BGBl Nr. 233/1959](#)  
[Bundesgesetz vom 30. Oktober 1959, mit dem das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz abgeändert wird \(9. Staatsvertragsdurchführungsgesetz\)](#)
- [BGBl Nr. 300/1959](#)  
[Bundesgesetz vom 18. Dezember 1959, betreffend einige Änderungen und Ergänzungen des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1958, BGBl. Nr. 294, mit dem einige weitere Bestimmungen](#)

zur Durchführung des Artikels 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, hinsichtlich kirchlicher Vermögensrechte getroffen werden

- BGBl. Nr. 6/1962  
Bundesgesetz vom 14. Dezember 1961, mit dem das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz ergänzt und Artikel I des 7. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes abgeändert wird (10. Staatsvertragsdurchführungsgesetz)
- BGBl. Nr. 173/1962  
Bundesverfassungsgesetz vom 13. Juni 1962, mit dem die Vermögensverfallsamnestie neuerlich abgeändert wird (3. Vermögensverfallsamnestienovelle)
- BGBl. Nr. 195/1962  
Bundesgesetz vom 5. Juli 1962, betreffend die Durchführung des Artikels 27 § 2 des Staatsvertrages (11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz)
- BGBl. Nr. 98/1964  
Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rückgabe von Vermögensschaften, Rechten und Interessen
- BGBl. Nr. 270/1972  
Bundesgesetz vom 6. Juli 1972, mit dem Bestimmungen über die Anbringung von zweisprachigen topographischen Bezeichnungen und Aufschriften in den Gebieten Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung getroffen werden
- BGBl. Nr. 396/1976  
Bundesgesetz vom 7. Juli 1976 über die Rechtsstellung von Volksgruppen in Österreich (Volksgruppengesetz)
- BGBl. Nr. 499/1980  
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Regelung bestimmter vermögensrechtlicher Fragen

## **Verweis auf diese Norm in:**

- BGBl. Nr. 211/1955  
Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs
- BGBl. Nr. 219/1955  
Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 31. Oktober 1955 über den Beitritt der Tschechoslowakischen Republik zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich
- BGBl. Nr. 258/1955  
Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 16. Dezember 1955 über den Beitritt der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich
- BGBl. Nr. 269/1955  
Bundesgesetz vom 20. Dezember 1955, womit Bestimmungen zur Durchführung des Artikels 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, hinsichtlich kirchlicher Vermögensrechte getroffen werden
- BGBl. Nr. 25/1956  
Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, womit Bundesmittel zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben, zur Verfügung gestellt werden (Hilfsfondsgesetz)
- BGBl. Nr. 155/1956  
Bundesverfassungsgesetz vom 18. Juli 1956, womit Gruppen ehemaliger Nationalsozialisten in Ansehung der Strafe des Vermögensverfalls amnestiert werden (Vermögensverfallsamnestie)
- BGBl. Nr. 192/1956  
Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 17. September 1956 über den Beitritt der



Volksrepublik Polen zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich

- BGBI Nr. 39/1957  
Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 16. Jänner 1957 über den Beitritt Mexikos zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich
- BGBI Nr. 73/1957  
Bundesgesetz vom 13. März 1957 über die Schaffung von Auffangorganisationen gemäß Artikel 26 § 2 des Staatsvertrages, BGBI. Nr. 152/1955 (Auffangorganisationengesetz)
- BGBI Nr. 119/1958  
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen
- BGBI Nr. 126/1958  
Bundesgesetz vom 25. Juni 1958 über die Gewährung von Entschädigungen für Schäden, die im Zusammenhang mit der Besetzung Österreichs entstanden sind (Besatzungsschädengesetz)
- BGBI Nr. 228/1958  
Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 13. Oktober 1958 über den Beitritt Brasiliens zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich
- BGBI Nr. 285/1958  
Bundesgesetz vom 16. Dezember 1958, womit das Auffangorganisationengesetz abgeändert wird (Auffangorganisationengesetz-Novelle)
- BGBI Nr. 102/1959  
Bundesgesetz vom 19. März 1959 zur Durchführung der die Amtssprache bei Gericht betreffenden Bestimmungen des Artikels 7 § 3 des Staatsvertrages
- BGBI Nr. 140/1960  
Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 28. Juni 1960 über den Beitritt Neuseelands zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich
- BGBI Nr. 133/1961  
Bundesgesetz vom 17. Mai 1961 über die Erhebung von Ansprüchen der Auffangorganisationen auf Rückstellung von Vermögen nach den Rückstellungsgesetzen (4. Rückstellungsanspruchsgesetz)
- BGBI Nr. 243/1961  
Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 13. September 1961 über den Beitritt Australiens zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich
- BGBI Nr. 172/1965  
Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Belgien zur Regelung von Fragen betreffend bestimmte österreichische und belgische Vermögensschaften, Rechte und Interessen samt Zusatzprotokoll
- BGBI I Nr. 119/1997  
Bundesgesetz, mit dem das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz 1956, BGBI. Nr. 165/1956, geändert wird

[http://www.ns-quellen.at/gesetz\\_anzeigen\\_detail.php?gesetz\\_id=10037010&action=B\\_Read](http://www.ns-quellen.at/gesetz_anzeigen_detail.php?gesetz_id=10037010&action=B_Read)





## Staatsvertrag

Der österreichische Staatsvertrag wurde nach sieben Jahren nationalsozialistischer Diktatur (1938 -1945) und zehn Jahren militärischer Besetzung (Besatzungszeit von 1945-1955) am 15. Mai 1955 von den Vertretern der vier alliierten Besatzungsmächte (USA, Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens ) und vom österreichischen Außenminister Leopold Figl unterschrieben und trat am 27. Juli 1955 in Kraft. Der Vertrag wurde in Wien im Schloss Belvedere unterzeichnet, weshalb er auch den Namen "Staatsvertrages von Wien 1955" trägt.

## Moskauer Deklaration

Vor Unterzeichnung des Vertrages gingen jahrelange Verhandlungen voraus. Im Krieg einigten sich Großbritannien, die Sowjetunion und die USA am 30. Oktober 1943, über ihre besonderen Verpflichtungen gegenüber Österreich, da das Land erstes Opfer der Angriffspolitik [Hitlers](#) war. Sie hielten aber auch fest, dass das Land eine Verantwortung trägt, da es an der Seite Hitler-Deutschland teilnahm.

## Die Struktur des Staatsvertrages

Österreich musste einige Auflagen erfüllen sowie die Besatzungsmächte. Der Vertrag besteht aus einer Präambel (Einleitung) und neun Teilen:

- Politische und territoriale Bestimmungen
- Militärische Bestimmungen über die Luftfahrt  
z.B.: Besitz oder Herstellung einer Atomwaffe
- Reparationen  
(Kriegsentschädigungen und Wiedergutmachungsleistungen)
- [Zurückziehung der Alliierten Mächte](#)
- Eigentum, Rechte und Interessen
- Wirtschaftsbeziehungen
- Regelung bei Streitfällen
- Wirtschaftsbestimmungen
- Schlussbestimmungen

## Vertragsunterzeichnung

Am 15. Mai 1955 unterzeichneten folgende Personen den Staatsvertrag:

- Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (Sowjetunion)
- Iwan I. Iljitschow (Sowjetunion)
- Harold Macmillan (Großbritannien)
- Geoffrey Arnold Wallinger (Großbritannien)
- John Foster Dulles (USA)
- Llewellyn E. Thompson Jr. (USA)
- Antoine Pinay (Frankreich)
- Roger Lalouette (Frankreich)
- Leopold Figl (Österreich)

Im [Gedankenjahr 2005](#) erinnerte sich Österreich an 50 Jahre Staatsvertrag und Unabhängigkeit.

---

weitere Themen: [Nationalfeiertag Österreich](#) | [österreichische Bundeshymne](#)

<http://www.geschichte-oesterreich.com/ereignisse/1955/staatsvertrag.html>